

Regionalpolitik

Kathleen Toepel

Im Jahr 2007 begannen die Regionen, die neue Generation kohäsionspolitischer Programme umzusetzen. Diese Programme, die ein Kernelement der Lissabon-Strategie bilden, sind für den Zeitraum 2007-2013 insgesamt mit Finanzmitteln in Höhe von 347,4 Mrd. Euro (zu jeweiligen Preisen) ausgestattet. Entsprechend der erneuerten Lissabon-Strategie sollen sie Wachstum und Beschäftigung fördern und den Ausbau der wissensbasierten Wirtschaft voranbringen, indem sie Forschung und Innovation, die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, die Entwicklung des Humankapitals und das Unternehmertum begünstigen.

Die Kommission genehmigte inzwischen die von den 27 Mitgliedstaaten unter Beachtung der gemeinschaftlichen strategischen Leitlinien¹ festgelegten einzelstaatlichen strategischen Rahmenpläne. Damit war der Weg frei für die Annahme der von den Strukturfonds finanzierten operationellen Programme. Bis zum Mai 2008 waren 429 operationelle Programme (des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Kohäsionsfonds) von der Kommission förmlich angenommen worden, d.h. 94% der für den Zeitraum 2007-2013 vorgesehenen Programme.

Nach den Verhandlungen über die operationellen Programme in den vergangenen 18 Monaten hat die Kommission den Inhalt dieser Programme vergleichend untersucht. Sie nahm eine Mitteilung² an, die eine klare Vorstellung von den durch die Mitgliedstaaten und Regionen gesetzten Prioritäten vermittelt. In der Kohäsionspolitik wurden reale Veränderungen verzeichnet, da die in der Lissabon-Strategie festgelegten europäischen Ziele berücksichtigt wurden. Die europäischen Regionen stellen sich den neuen Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel, Migration und Alterung der Bevölkerung.

Der Dialog zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und den Regionen hat nach Einschätzung der Kommission außerdem zu einer deutlichen Verbesserung der Qualität der Programme und Indikatoren sowie einer stärkeren Berücksichtigung ihrer Evaluierung geführt. Er hat ferner die Diskussion innerhalb der Mitgliedstaaten und Regionen über die Gestaltung innovativer, integrativer und zukunftsorientierter Strategien und Programme beeinflusst. Die neuen Finanzinstrumente wie JEREMIE und JESSICA werden in Abstimmung auf die unterschiedlichen Kontexte in den einzelnen Mitgliedstaaten stärker genutzt. An den Staaten und Regionen hängt nun die Umsetzung dieser Programme.

1 Entscheidung des Rates vom 6. Oktober 2006 über strategische Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft, in: Abl. der EU L 291 vom 21.10.2006, http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/2007/osc/1180706_de.pdf.

2 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu den Ergebnissen der Verhandlungen über kohäsionspolitische Strategien und Programme im Programmplanungszeitraum 2007-2013, KOM(2008) 301 endg., Brüssel, 14.5.2008.

Umsetzung der Lissabon-Strategie

Im Dezember 2007 nahm die Kommission eine Mitteilung³ zur Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung durch die Mitgliedstaaten und Regionen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik 2007-2013 an. Diese Mitteilung gibt einen ersten Überblick über die Ergebnisse der Verhandlungen zur neuen Generation kohäsionspolitischer Programme für den Zeitraum 2007-2013. Als solche ist sie Teil des Lissabon-Pakets, das eine ausführliche Bewertung der Fortschritte nach Politikbereichen in den ersten drei Jahren der erneuerten Lissabon-Strategie umfasst. Darüber hinaus behandelt sie die potenzielle Rolle der kohäsionspolitischen Programme für das Voranbringen der erneuerten Lissabon-Strategie im nächsten Dreijahreszeitraum. Die Mitteilung zeigt, welche zentrale Bedeutung diese Strategie für die neuen kohäsionspolitischen Strategien und Programme hat. Gegenstand sind insbesondere

- die Mechanismen zur Gewährleistung der Kohärenz zwischen der Kohäsionspolitik einerseits und dem Lissabon-Zyklus andererseits;
- die Höhe der im Rahmen der Kohäsionspolitik bereitgestellten Mittel, die speziell für Prioritäten der Lissabon-Strategie bestimmt sind;
- die Art und Weise, in der vier der Prioritäten des Europäischen Rates vom Frühjahr 2006 in den nationalen Strategien und Programmen berücksichtigt wurden;
- die Anstrengungen, die unternommen werden, um eine große Zahl von EU-Prioritäten bei der Verwirklichung der in den integrierten Leitlinien und länderspezifischen Empfehlungen festgelegten Ziele mit zu berücksichtigen.

Die Rolle der Kohäsionspolitik als eine der wichtigsten Gemeinschaftspolitiken zur Umsetzung der Lissabon-Strategie für den Zeitraum 2007-2013 wurde bestätigt. Der größte Teil des für die Kohäsionspolitik vorgesehenen Haushalts soll in entscheidende Lissabon-Prioritäten investiert werden, wie wissensbasierte Wirtschaft, Forschung, Entwicklung und Innovation, Humankapital und Wirtschaftsförderung. In den weniger entwickelten Gebieten des Ziels „Konvergenz“ wollen Mitgliedstaaten und Regionen 65% der verfügbaren Ressourcen in entscheidende Lissabon-Prioritäten investieren. Das bedeutet einen Anstieg von 11 Prozent gegenüber der alten Förderperiode bis 2006. Diese Mitgliedstaaten und Regionen haben aber auch immer noch Bedarf an Investitionen in die grundlegende Infrastruktur. Daher sollen beide Arten von Investitionen gleichzeitig gefördert werden. Die übrigen Regionen – mit Programmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ – haben sich verpflichtet, 82% der verfügbaren Mittel in Prioritäten der Lissabon-Strategie zu investieren. Die Zahlen für einzelne Mitgliedstaaten weichen stark voneinander ab. In den neuen 12 Mitgliedstaaten sind es nur etwa 59% der Mittel, während in Dänemark 92% der Mittel für Lissabon bezogene Ziele investiert werden.

Wie sich diese Neuorientierung auswirkt, lässt sich am besten im Bereich Innovation erkennen. Ein Arbeitsdokument der Kommission „Regionen liefern Innovation durch Kohäsionspolitik“⁴ wurde für das informelle Treffen der für Raumordnung und Regionalentwicklung zuständigen Minister im November 2007 erstellt. Es enthält eine Analyse über

3 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung durch die Mitgliedstaaten und Regionen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik, 2007-2013, KOM(2007) 798 endg., Brüssel, 11.12.2007.

4 Europäische Kommission: Commission Staff Working Document „Regions delivering innovation through cohesion policy“, SEC(2007) 1547, Brüssel 15.11.2007.

Innovation als zentrales Element der Programme der Kohäsionspolitik für 2007-2013. Die Verwaltungsbehörden der Programme ordnen die Fördermaßnahmen und den entsprechenden Mittelanteil bestimmten Ausgabekategorien zu. Die Definition des Begriffs Innovation umfasst demnach vier Ausgabekategorien: Forschung, technologische Entwicklung und Innovation, Unternehmergeist, innovative Informations- und Kommunikationstechnologien und die Förderung der Innovationskapazität von Beschäftigten. Diese Kategorien repräsentieren ein breites Verständnis von Innovation – entsprechend den strategischen Leitlinien für die Kohäsionspolitik.

Das Dokument stellt die langjährige Vorreiterrolle der Kohäsionspolitik in Bezug auf die Unterstützung von Innovation innerhalb der EU heraus. Die Analyse – auch nach Ländern aufgeschlüsselt – zeigt, dass die geplanten Investitionen in Innovation im Zeitraum 2007-2013 bei über 85 Mrd. Euro liegen werden. Dieser Betrag entspricht einem Viertel der europäischen Haushaltsmittel für die Regionalpolitik in den 27 Mitgliedstaaten. Die Investitionen in Innovationen werden sich 2007-2013 im Vergleich zu 2000-2006 verdreifachen. In den neuen Mitgliedstaaten wird der Anteil von Forschung und Entwicklung sowie Innovation viermal so hoch sein wie vorher. Die Regionalpolitik zielt dabei direkt auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Regionen und der EU insgesamt. Derzeit liegen 86 Regionen mit ihrer Innovationsleistung unter dem EU-Durchschnitt, vor allem in den neuen Mitgliedstaaten, Spanien, Griechenland, Portugal und Süditalien. Gleichzeitig haben andere Regionen in Schweden, Deutschland und Finnland ein höheres Innovationsniveau als die USA oder Japan. Neben den Investitionen in Innovation wird die Tendenz hervorgehoben, integrierte regionale Innovationsstrategien zu entwickeln und zu verfolgen.

Fünfter Zwischenbericht über wirtschaftliche und soziale Kohäsion

Die Europäische Kommission ist laut Art. 159 EGV verpflichtet, alle drei Jahre einen Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt vorzulegen. Der erste Kohäsionsbericht wurde Ende 1996 von der Kommission angenommen, es folgten weitere Berichte⁵ in den Jahren 2001, 2004 und 2007. In den anderen Jahren werden Zwischenberichte⁶ zur Aktualisierung veröffentlicht. Nun hat die Kommission im Juni 2008 den fünften Zwischenbericht über die wirtschaftliche und soziale Kohäsion⁷ vorgelegt.

Der erste Teil dieses Dokuments untersucht die Ergebnisse der im letzten Jahr eingeleiteten öffentlichen Konsultation über die Zukunft der Regionalpolitik. Die rege Beteiligung ist ein Beleg dafür, dass die Akteure die wichtige Rolle der Kohäsionspolitik anerkennen und eine Fortführung dieser Politik befürworten. Jeglicher Versuch, diese Politik zu reationalisieren, wird nahezu einstimmig zurückgewiesen. Alle Beiträge stimmen darin überein, dass das Hauptziel der Kohäsionspolitik darin besteht, die Unterschiede im wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand zwischen den europäischen Regionen zu verringern. Die Politik sollte sich daher weiterhin auf Regionen mit Entwicklungsrück-

5 Mitteilung der Kommission: Wachsende Regionen, wachsendes Europa. Vierter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, KOM(2007) 273, Brüssel 30.5.2007.

6 Zuletzt im Jahr 2006 vgl. Mitteilung der Kommission: Die Strategie für Wachstum und Beschäftigung und die Reform der europäischen Kohäsionspolitik. Vierter Zwischenbericht über den Zusammenhalt. KOM(2006) 281, Brüssel 12.6.2006.

7 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Fünfter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt – Wachsende Regionen, wachsendes Europa, KOM(2008) 371, Brüssel, 18.6.2008.

stand konzentrieren. Die Mehrheit der Beiträge spricht sich jedoch dafür aus, dass die Politik das gesamte Gebiet der EU abdecken sollte, da es bei der Kohäsionspolitik nicht nur um einen simplen Solidaritätsmechanismus geht, sondern um die Stärkung des endogenen Entwicklungspotenzials der europäischen Regionen.

Die große Mehrheit der Akteure erkennt an, dass die territoriale Zusammenarbeit ein wichtiger Teil der Kohäsionspolitik ist, und begrüßt, dass sie nun ein eigenständiges Ziel darstellt. Es scheint sich ein Konsens für mehr Flexibilität in der territorialen Zusammenarbeit abzuzeichnen, so dass die Regionen mit anderen als ihren Nachbarregionen oder Regionen desselben geografischen Gebiets zusammenarbeiten können. Die Zusammenarbeit mit benachbarten Regionen oder Ländern wird in der EU ebenfalls als äußerst wichtig angesehen. Die Akteure unterstreichen, dass die territoriale Zusammenarbeit eines der Paradebeispiele für den Mehrwert der Kohäsionspolitik ist und aus diesem Grund gestärkt werden sollte.

Die Wettbewerbsfähigkeit bildet das Herzstück der Kohäsionspolitik. Einen beträchtlichen Teil der Finanzmittel für wichtige Investitionen im Zusammenhang mit der erneuerten Lissabon-Agenda zu binden, wird eindeutig unterstützt. Aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stehen ebenfalls im Zentrum der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung, zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Verringerung des Armutsrisikos.

Die Reform der Kohäsionspolitik hin zu einem stärker strategisch ausgerichteten Ansatz wird von der Mehrheit der Beiträge zur Debatte unterstützt. Zahlreiche Beschwerden gab es hinsichtlich des Verwaltungsaufwands und der Prüfanforderungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Maßnahmen. Diese werden als abschreckend für viele potenzielle Begünstigte und als Behinderung wichtiger Projekte auf lokaler Ebene empfunden. Die Kommission wird dringend gebeten, die bestehenden Verfahren zumindest für kleine Programme zu vereinfachen.

Eine wichtige Frage, die in den Beiträgen angesprochen wurde, betrifft schließlich die Koordinierung zwischen der Kohäsionspolitik, anderen Politikbereichen der Gemeinschaft und den Maßnahmen der Mitgliedstaaten. In zahlreichen Beiträgen wird argumentiert, dass regionale Aspekte in den sektoralen Maßnahmen der Gemeinschaft stärker berücksichtigt werden sollten. Darüber hinaus ist es wichtig, kohärente Konzepte insbesondere zwischen Kohäsionspolitik und ländlicher Entwicklung zu gestalten. Die Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013 hat gerade erst begonnen und wird in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

Der zweite Teil des Zwischenberichts enthält eine Analyse wichtiger regionaler Trends. Thematisch beschäftigt sich der Bericht insbesondere mit europäischen Wachstumssektoren mit überdurchschnittlichem Wachstum der Bruttowertschöpfung und der Beschäftigung, die in den Regionen in hohem Maße das gesamtwirtschaftliche Wachstum bestimmen werden. Es beruht vor allem auf stark wissensorientierten Sektoren. Auf regionaler Ebene wurden drei Wachstumssektoren untersucht: Finanz- und Unternehmensdienstleistungen, Handel, Verkehr und Kommunikation und Baugewerbe.

In den Konvergenzregionen haben die drei Wachstumssektoren zur Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze beigetragen, konnten jedoch nicht den beträchtlichen Beschäftigungsabbau in der Landwirtschaft kompensieren. Auch die Bruttowertschöpfung ist in den Wachstumssektoren stark gestiegen, insbesondere bei den Finanz- und Unternehmensdienstleistungen und in Handel, Verkehr und Kommunikation. Der Zuwachs war jedoch in der Industrie höher, was dazu führt, dass der Anteil dieses Sektors in den Konvergenzregi-

onen hoch ist und wächst. Zusammen mit einem hohen Beschäftigungsanteil kann dieser Trend mit Risiken verbunden sein, da sich mehrere Industriesektoren auf EU-Ebene rückläufig entwickeln.

Der Beschäftigungsanteil der High- und Medium-High-Tech-Branchen des verarbeitenden Gewerbes – dem Sektor, in dem die EU über den größten Wettbewerbsvorteil verfügt, – beträgt in Konvergenzregionen nur 24% gegenüber annähernd 40% in Regionen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“. Seit 2000 konnten die Konvergenzregionen diesen Abstand nur um einen Prozentpunkt verringern.

Kompetenzen und Qualifikationen sind wichtige Bestimmungsfaktoren für das Einkommen und die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen und ein äußerst wichtiger Beitrag zur Arbeitsproduktivität. Sie zeigen außerdem an, inwieweit sich die regionale Wirtschaft auf eine intensivere Nutzung des Wissens umgestellt hat. Der Anteil der Hochqualifizierten in der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen ist mit 17% in den Konvergenzregionen deutlich niedriger als in den Regionen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (25%). Dieser Anteil ist allerdings im Zeitraum 2000–2006 gleichmäßig gestiegen. Der Anteil der Wissensarbeiter ist dabei in den Hauptstadtregionen und anderen großen städtischen Ballungsräumen besonders hoch.

Die Analyse zeigt, dass die Konvergenzregionen eine umfangreiche wirtschaftliche Umstrukturierung durchlaufen. Im Dienstleistungsbereich werden zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen, während noch mehr Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren gehen. Die Wachstumssektoren leisten einen wichtigen Beitrag zur Konvergenz, allerdings bestehen weiterhin große Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zwischen den Regionen, und das Muster des Aufholprozesses ist in Konvergenz- und Übergangsregionen unterschiedlich.

Follow-up der Territorialen Agenda und Leipzig Charta

Im Dezember 2007 hat das Österreichische Institut für Raumplanung im Ausschuss für Regionalentwicklung des Europäischen Parlaments eine Follow-up-Studie über die „Territoriale Agenda der EU“⁸ und die „Leipzig Charta zur nachhaltigen Stadt“⁹ vorgelegt.¹⁰ Beide Dokumente wurden im Mai 2007 in Leipzig auf dem Treffen der Minister für territoriale Zusammenarbeit und Stadtplanung der Mitgliedstaaten angenommen.¹¹ Mit Blick auf das Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt (im Herbst 2008) und die sich anschließende öffentliche Konsultation kommt der Studie eine gewisse Bedeutung zu. Die in der Territorialen Agenda und der Leipzig-Charta beschriebenen Aktionen sind nicht konkret genug, als dass sie problemlos auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten in die Praxis umgesetzt werden könnten. Daher wurde auf der informellen Ratstagung der für Raumplanung und Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister im November 2007

8 Territoriale Agenda der Europäischen Union: Für ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges Europa der vielfältigen Regionen. Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens für Stadtentwicklung und territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25.05.2007.

9 LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt. Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens für Stadtentwicklung und territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25.05.2007.

10 Europäisches Parlament: Follow-up der Territorialen Agenda und der Charta von Leipzig – Ein europäisches Aktionsprogramm für Raumentwicklung und territorialen Zusammenhalt, Ad-hoc Vermerk 13.12.2007. www.europarl.europa.eu/activities/expert/eStudies.do?language=EN.

11 Siehe dazu Toepel, Kathleen: Regionalpolitik und Infrastruktur, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2007, S. 187-188.

ein erstes Aktionsprogramm verabschiedet, dessen Aufgabe es ist, aufzuzeigen, wie diese Umsetzung erfolgen kann.

Die Studie enthält eine gründliche Analyse der Konsequenzen, die sich aus der Territorialen Agenda und der Leipzig-Charta für die Politikgestaltung in der EU ergeben. Die Untersuchung vermittelt einen Überblick über die Probleme und territorialen Herausforderungen, denen sich die EU gegenüber sieht, und über die territoriale Dimension der gegenwärtigen EU-Politik. Mit Blick auf die Stärkung des territorialen Zusammenhalts werden ausgewählte Handlungsfelder tiefer analysiert.

Neben dem sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt wird der Begriff „territorialer Zusammenhalt“ im Vertrag von Lissabon über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Artikel 174) eingeführt, der derzeit den Ratifizierungsprozess durchläuft. Die Aufnahme des territorialen Zusammenhalts in den Vertrag von Lissabon wird in der Debatte um die künftige Kohäsionspolitik allgemein begrüßt. Die Kommission wird jedoch dringend ersucht, „territorialen Zusammenhalt“ zu definieren und Indikatoren für ein besseres Verständnis dieses Begriffs zu entwickeln. Obwohl es keine endgültige Definition des Begriffs „territorialer Zusammenhalt“ gibt, lassen sich seine Ziele wie folgt umschreiben:

- eine ausgewogene Entwicklung durch die Überwindung bestehender Unterschiede,
- die Vermeidung räumlicher Ungleichgewichte und
- eine kohärentere Gestaltung der EU-Politiken mit räumlicher Wirkung.

Die Verfasser der Studie empfehlen, das Problembewusstsein der führenden Politiker für das Konzept des territorialen Zusammenhalts zu schärfen und für regionale Auswirkungen der Politiken zu sensibilisieren. Die Koordinierung des Politikprozesses sollte zwischen den EU-Institutionen sowie zwischen der EU und nationalen, regionalen und lokalen Beteiligten gefördert werden. Die territoriale Dimension sollte in bestehende Folgenabschätzungen verschiedener Politikbereiche der EU einfließen. Schließlich sollten die Fortschritte und die Auswirkungen der „Territorialen Agenda“ und des dazugehörigen Aktionsplans anhand von territorialbezogenen Indikatoren evaluiert werden. Die Empfehlungen der Studie spiegeln sich in der Entschließung des Europäischen Parlaments¹² vom Januar 2008 wider.

Wohnungswesen und Regionalpolitik

Im Mai 2007 nahm das Europäische Parlament eine Entschließung zum Wohnungswesen und zur Regionalpolitik¹³ an. Darin wird unterstrichen, dass man die spezifische Wohnraumproblematik in allen Politikbereichen der Europäischen Union berücksichtigen muss, um eine ausgewogene Raumordnungspolitik zur Bekämpfung der Disparitäten zwischen Stadt und Land zu stärken. Der Bericht über Wohnungspolitik und Regionalpolitik untersucht alle auf europäischer Ebene bestehenden Interventionsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Wohnungspolitik. In den neuen Mitgliedstaaten sind gegenwärtig bis zu 2% der EFRE-Mittel zur Unterstützung von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in Mehrfamilienhäusern und Sozialwohnungen im Rahmen von Stadtentwicklungsprogrammen einsetzbar. Es wird vorgeschlagen, diese Möglichkeit ab 2009 auch auf die alten Mitgliedstaaten insbesondere hinsichtlich nachhaltiger Stadtentwicklung, Energieeffizienz und integrierter

12 Europäisches Parlament: Bericht über das Follow-up der Territorialen Agenda und der Charta von Leipzig – Ein europäisches Aktionsprogramm für Raumentwicklung und territorialen Zusammenhalt, Ausschuss für regionale Entwicklung, Berichterstatterin: Gisela Kallenbach. A6-0028/2008, 31.1.2008.

13 Europäisches Parlament: Bericht über Wohnraum und Regionalpolitik. Ausschuss für regionale Entwicklung, Berichterstatter: Alfonso Andria. A6-0090/2007 endg., 28.3.2007

Ansätze für benachteiligte Quartiere auszudehnen. Integrierte Strategien lassen sich ohne Beachtung des Wohnaspekts nur schwer umsetzen. Obwohl das Wohnungswesen keine spezifische Zuständigkeit der EU ist, wirken sich doch viele Maßnahmen direkt oder indirekt auf Wohnungsfragen aus. Zudem haben wohnungspolitische Maßnahmen aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Mobilität der Beschäftigten eine Ergänzungsfunktion zu den EU-Politiken der Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Der Bericht bestätigt gleichzeitig die Grenzen der Förderfähigkeit im Rahmen des EFRE, verweist dabei besonders auf die Finanzinstrumente JESSICA und JEREMIE und auf die beschränkte Zuständigkeit der EU in diesem Politikbereich. Der Ausschuss der Regionen¹⁴ und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss¹⁵ schlossen sich dieser Einschätzung des Parlaments an.

Prüfung des Solidaritätsfonds

Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union wurde im Jahr 2002 als Reaktion auf die schweren Hochwasser errichtet, um es der Gemeinschaft zu ermöglichen, sich mit den von Naturkatastrophen betroffenen Mitgliedstaaten solidarisch zu zeigen. Bis Ende 2006 wurden im Zusammenhang mit 23 Naturkatastrophen Finanzhilfen in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro gewährt. Mit diesem Instrument soll rasch, wirksam und flexibel Hilfe geleistet werden. Im April 2008 legte der Europäische Rechnungshof einen Sonderbericht zum Solidaritätsfonds¹⁶ vor. Im Rahmen der Prüfung sollte festgestellt werden, ob diese Ziele erreicht wurden und die Empfängerländer mit dem Fonds zufrieden waren.

Der Rechnungshof gelangte zu dem Ergebnis, dass der Fonds keine rasche Reaktion ermöglichte. Zwischen dem Auftreten der Katastrophe und der Zahlung der Hilfe lag ein Zeitraum von etwa einem Jahr. Die mit der Verwaltung des Fonds durch die Kommission verbundenen direkten Kosten waren jedoch niedrig. Es wurden keine Fälle festgestellt, in denen die Finanzhilfeanträge nicht flexibel genug behandelt wurden.

Obwohl der Erhalt der Finanzhilfe aus dem Fonds mit einem langwierigen Verfahren verbunden war, zeigten sich die Empfängerländer mit dem Fonds zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Somit hat der Fonds sein eigentliches Ziel, nämlich Solidarität mit den von Katastrophen betroffenen Mitgliedstaaten zu zeigen, in Bezug auf die Empfängerländer erreicht.

Einschätzung der Regionalpolitik durch die EU-Bürgerinnen und Bürger

Im Januar 2008 wurde in den 27 Mitgliedstaaten eine Eurobarometer-Umfrage durchgeführt, in der die Europäer nach ihrer Wahrnehmung der europäischen Regionalpolitik gefragt wurden. Sie steht im Zusammenhang mit der öffentlichen Konsultation über die Zukunft der Regionalpolitik. Aus der Umfrage geht hervor, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vom Nutzen dieser Politik, auf die über ein Drittel des EU-Haushalts entfällt, für ihre Stadt oder Region überzeugt sind. Die Befragten äußerten den Wunsch

14 Stellungnahme des Ausschusses der Regionen „Wohnungswesen und Regionalpolitik“, in: Abl. der EU C 146 vom 30.6.2007.

15 Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Wohnungswesen und Regionalpolitik“, in: Abl. der EU C 161 vom 13.7.2007.

16 Europäischer Rechnungshof: Sonderbericht 3/2008 (gemäß Artikel 248 Abs. 4.2 des EG-Vertrags). Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union: Wie rasch, wirksam und flexibel funktioniert er? zusammen mit den Antworten der Kommission, Luxemburg, 13.3.2008.

nach einer Regionalpolitik, die sich klar den neuen Herausforderungen wie der Bekämpfung des Klimawandels, der Globalisierung und der demografischen Entwicklung stellt.

Die Hälfte der Befragten gab an, über die Unterstützung, die ihrer Region oder Stadt aus dem Kohäsionsfonds zugute kommt, Bescheid zu wissen. Das Fernsehen war dabei die häufigste Informationsquelle. In den zwölf neuen Mitgliedstaaten (60%) ist dieses Wissen präsenter als in den alten Mitgliedstaaten (47%). Am stärksten ausgeprägt ist dieses Bewusstsein in Slowenien (66%), Litauen (65%), Österreich (64%) und Irland (64%), wohingegen es in Bulgarien (35%), Zypern (35%) und in den Niederlanden (30%) eher gering ist. Auch Deutschland (46%), Frankreich (45%) und das Vereinigte Königreich (38%) liegen unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt.

Diejenigen, denen die einschlägigen Maßnahmen der Regionalpolitik bekannt sind, vertreten zum Großteil (70%) die Ansicht, dass diese von Nutzen sind. Nur ein Fünftel der Befragten (22%) gab an, dass die Regionalpolitik ihrer Region nicht nützt (vor allem Franzosen, Niederländer, Bulgaren und Slowenen). Litauen und Irland sind dagegen Beispiele für Länder, in denen die positiven Auswirkungen europäischer Unterstützung nahezu einstimmig anerkannt werden.

Die Europäer halten den Grundgedanken der Regionalpolitik für richtig, denn 85% zeigen sich damit einverstanden, dass den ärmsten Regionen der Vorzug eingeräumt wird, damit diese den Rückstand aufholen können. 58% der Bürger sind jedoch zugleich der Meinung, dass die Regionalpolitik weiterhin alle Regionen Europas unterstützen sollte und nicht nur die ärmsten.

Die Mitgliedstaaten müssen weiter daran arbeiten, ihre Bürgerinnen und Bürger besser über die Förderung zu informieren. Durch die Verordnungen über die Fonds für den Zeitraum 2007-2013 sind die Mitgliedstaaten erstmals dazu verpflichtet, alle Listen mit den von der EU kofinanzierten Projekten, den erhaltenen Beträgen und den Empfängern zu veröffentlichen. Weiterhin legen die Mitgliedstaaten der Kommission derzeit Kommunikationspläne für jedes Programm vor.

Im November 2007 fand eine Konferenz der Europäischen Kommission zu Informations- und Kommunikationsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Strukturfonds statt. Sie stieß mit mehr als 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf großes Interesse. Schwerpunktthema war der Austausch praktischer Erfahrungen zur Erstellung der Kommunikationspläne, von Informationskampagnen, der benutzerfreundlichen Gestaltung von Websites, die Zusammenarbeit mit den Medien sowie die Bewertung des Erfolgs dieser öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen. Die neuen Publizitätsanforderungen der Kohäsionspolitik werden für mehr Transparenz und Sichtbarkeit der durch die Kohäsionspolitik unterstützten Projekte sorgen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich dies etwa in einer erneuten Bürgerbefragung zu diesem Thema in einigen Jahren widerspiegeln wird.

Weiterführende Literatur

- Bachtler, John/Mendez, Carlos: Who Governs EU Cohesion Policy? Deconstructing the Reforms of the Structural Funds. In: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 45, No. 3, 2007, S. 535-564.
- Bradley, John/Untiedt, Gerhard: Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der EU-Strukturpolitik in den Konvergenzregionen. Methodische Anmerkungen und empirische Ergebnisse für die Förderperiode 2007-2013, in: *Raumforschung und Raumordnung*, Heft 4/2007.
- Frank, Susanne (2008): Stadtentwicklung durch die EU: Europäische Stadtpolitik und URBAN-Ansatz im Spannungsfeld von Lissabon-Strategie und Leipzig Charta: in: *Raumforschung und Raumordnung* Heft, 2/2008.